

laubt, die Quote um das Dreifache der über Drittländer in die USA eingeführten Textilien zu kürzen. Der Zugang amerikanischer Inspektoren zu chinesischen Textilunternehmen, gegen die ein Verdacht der Umgehung des Textilabkommens vorliegt, soll die Überprüfung ermöglichen. (AWSJ, 17.1.93; Xinhua News Agency, Domestic Service, 17.1.94, nach SWB, 19.1.94)

Chinas Anteil an den gesamten Textilimporten der USA belief sich 1992 auf 7,6%. Der Marktanteil von Japan ist 10,6%, von Italien 8,8%, von Südkorea 7,2% und von Kanada 7%. (NfA, 19.1.94)

Die Einigung auf ein neues Textilabkommen erfolgte kurz vor dem Besuch des amerikanischen Finanzministers Bentsen in China sowie der Wiederaufnahme des jährlichen Treffens der bilateralen Wirtschaftskommission. Diese hatte seit 1989 noch nicht wieder getagt. In einer gemeinsamen Erklärung wurden der weitere Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und halbjährliche Treffen gemeinsamer Arbeitsgruppen in den Bereichen Geldpolitik und Banken, Wechselkurssystem sowie Investitionen und wirtschaftliche Kooperation vereinbart. (SZ, 22./23.1.94) -schü-

Hierzu zählten vor allem die Engpässe im Transportsektor, insbesondere im Eisenbahn- und Schiffsfrachttransport. Diese würden dazu führen, daß knappe Rohstoffe und Güter nicht fristgerecht ihren Bestimmungsort erreichen, ähnliche Probleme würden für den Energiesektor zutreffen. Weiterhin müsse das exzessive Wachstum des Immobilien- und Grundstückssektors sowie die Gründung von wirtschaftlichen Sonderzonen beschränkt werden. (Xinhua News Agency, Hongkong Service, Beijing, in Chinese, 2.1.94, nach SWB, 4.1.94; *Wenhuibao*, Hongkong, in Chinese, 26.1.94, nach SWB, 27.1.94)

Der offiziellen Einschätzung zur Wirtschaftsentwicklung 1994 soll nunmehr eine Prognose der Bank of East Asia Ltd. gegenübergestellt werden.

Die Bank geht von einer weiterhin hohen Zuwachsrate des BIP aus, die von einer zweistelligen Inflationentwicklung begleitet wird. Erwartet wird eine Zunahme des BIP um 10,5% und eine Erhöhung der Inflation um durchschnittlich 11%.

Aufgrund der Engpaßprobleme (Transport, Rohstoffe und Energie), aber auch vor dem Hintergrund der selektiven Kreditzuteilung und direkter Kontrolle über die nichtgenehmigten Projekte im Grundstückssektor sei nicht mit einem neuen Investitionsboom zu rechnen.

Für 1994 prognostiziert die Bank eine Ausweitung des Handelsbilanzdefizits auf 19,4 Mrd. US\$, obwohl durch die Währungsabwertung um 33% die Importe verteuert und die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exporte vergrößert worden seien. Als Gründe für das erhöhte Defizit nennt die Bank die relativ lockere Kreditpolitik, die einen Anstieg der Importnachfrage ermöglichen, die hohe inländische Inflation sowie eine unstetige Entwicklung der Wechselkurse. (AWSJ, 27.1.94) -schü-

*(27)

Preisstabilisierung soll Priorität haben

Auf einer Pressekonferenz am 19.1.94 erklärte der stellvertretende Minister der Wirtschaftsreformkommission, Wang Shiyuan, daß die Regierung sich des potentiellen Inflationsdrucks in diesem Jahr bewußt sei. Dementspre-

chend werde der Begrenzung der Inflation und der Aufrechterhaltung eines Wirtschaftswachstums zu einem schnellen und gesunden Tempo Priorität eingeräumt. Der Schlüssel zur Kontrolle der Inflationentwicklung, so Wang Shiyuan, liege im Ausgleich von Gesamtangebot und -nachfrage, Beschränkung des Wachstums auf eine angemessene Höhe und in der Kontrolle über die Zunahme der Investitionen. Für 1994 wird erwartet, daß der Preisanstieg auf unter 10% gehalten werden kann.

Wang Shiyuan nannte folgende Faktoren, die einen Inflationsdruck für 1994 verursachten (Zhongguo Xinwen She News Agency, in English, 19.1.94, nach SWB, 21.1.94):

1. Die Anpassung der Preise für Produktionsgüter in den letzten Jahren und der zu hohe Umfang der Investitionen haben zu einem Kostenanstieg geführt, der die Inflation beschleunigt.
2. Der 13%ige Preisanstieg im letzten Jahr ist eine hohe Ausgangsbasis für die Inflationserwartungen in diesem Jahr.
3. Die Vereinheitlichung der Wechselkurse sowie Preisreformen können einen Preisanstieg verursachen.
4. Ein zu hohes Geldangebot im letzten Jahr wird ebenfalls zum Preisanstieg in diesem Jahr beitragen.

Vor dem Hintergrund einer befürchteten Inflationsausweitung hat der Staatsrat Ende Januar beschlossen, die Entwicklung der Anlageinvestitionen stärker zu kontrollieren. Die Investitionen sollen auf staatliche Schlüsselprojekte konzentriert und in diesem Jahr prinzipiell keine neuen Bauprojekte mehr genehmigt werden. Um die Umsetzung dieser Anweisung zu garantieren, soll die Zentralbank den Umfang der Kredite für Anlageinvestitionen und ihre Verwendung genau überwachen. Den Banken soll es nicht erlaubt sein, Kredite für neue Projekte zu vergeben, die nicht von der Staatlichen Planungskommission bewilligt worden sind.

Um die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen und Lokalregierungen zu begrenzen, soll die ungenehmigte Ausgabe von Wertpapieren und Gründung von Aktiengesellschaften ohne Genehmigung strikt untersagt werden. Investitionen in den Woh-

Binnenwirtschaft

*(26)

Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung 1994

Die ersten offiziellen Angaben gehen für das laufende Jahr von folgenden Eckwerten aus:

- 9% gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate,
- Erhöhung des industriellen sowie des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes um 15% und um 3,5%,
- Anlageinvestitionen in Höhe von 1.300 Mrd. Yuan. (1993 ca. 1.000 Mrd. Yuan),
- 10% Inflationsrate (Einzelhandelspreisindex).

In einem Presseinterview Anfang Januar wies Ministerpräsident Li Peng auch auf die erwarteten Probleme hin.

nungsbau sind weiterhin erlaubt, doch soll eine strenge Makrokontrolle über die Entwicklung des Immobiliensektors und die Gründung von Sonderzonen erfolgen. (*Jingji Ribao*, 30.1.94, S.2; ASWJ, 1.2.94)

Da die Zentralregierung bei der Durchsetzung der Makrokontrolle nach wie vor auf die Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen angewiesen ist, wird abzuwarten sein, ob eine Beschränkung der Investitionen auf die geplanten Bereiche und in der vorgesehenen Höhe realisierbar ist.

Der Anstieg der Inflationsrate (Lebenshaltungskostenindex) in den Großstädten um 23,5% im Dezember 1993 gegenüber dem Vorjahresmonat hat die Regierung zur Rückkehr zu einer restriktiveren Kreditpolitik veranlaßt. So wies der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji auf einer nationalen Konferenz Mitte Januar darauf hin, daß die Einhaltung der im Juli eingeführten Kreditrestriktionen notwendig sei. (CD, 21.1.94) -schü-

*(28)

Reaktion auf Panikkäufe: Maßnahmen zur Stabilisierung der Getreidepreise

Die Besorgnis der Regierung über mögliche soziale Unruhen, die durch eine anhaltend hohe Inflation ausgelöst werden könnten, vergrößerte sich Ende letzten Jahres durch den starken Preisanstieg von Getreide und Speiseöl, der Panikkäufe in der Bevölkerung ausgelöst hatte.

Auf einer Pressekonferenz Anfang Januar ging der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Luo Zhiling, auf die Hintergründe hierfür ein. So seien die Preise für Getreide und Speiseöl seit November aufgrund von Inflationserwartungen, Gerüchten, verspäteten Lieferungen sowie Spekulationsaktivitäten und anderen irregulären Faktoren stark angestiegen. Die Preiserhöhung habe dann auch auf Schweinefleisch und andere landwirtschaftliche Produkte übergegriffen. Der hohe Preisanstieg von Getreide und Speiseöl habe Panikkäufe in einigen Regionen verursacht, die wiederum die Angst vor einer Inflationsbeschleunigung verstärkt hätten.

Um sich ein Bild von der Situation zu machen, so Luo Zhiling, hätten führende Funktionäre des ZK der KPCh und des Staatsrates persönlich Untersuchungen durchgeführt und mit der Bevölkerung gesprochen. Zur Stabilisierung der Preise von Getreide und Speiseöl wären dann ab Mitte Dezember, insbesondere nach der Konferenz des Staatsrates zu diesem Problem am 25.12.93, Maßnahmen festgelegt worden.

Hierzu zähle der Verkauf von Getreidereserven aus zentralstaatlichen Lagern in einem Umfang von 4,1 Mio. t und von 32.000 t Speiseöl sowie der Verkauf von Getreidereserven auf lokaler Ebene, u.a. in den Provinzen Shaanxi, Shanxi, Anhui und in der Hauptstadt Beijing. Die Getreideverkaufsstellen seien angewiesen worden, Getreide in unbegrenzter Menge zu einheitlich ausgewiesenen Preisen anzubieten. (Beispiel: Standard-Mehl zu 0,55-0,65 Yuan/Pfund; Klasse 2-Standard Langkornreis zu 0,65 Yuan/Pfund; Rapsöl zu 3,2-3,5 Yuan/Pfund). Weiterhin wären zur Durchsetzung der Maßnahmen die Kontrollen auf den lokalen Märkten verstärkt worden; allein in Beijing hätten 600 Kontrolleure täglich ihre Runden gemacht. Aufgrund dieser Maßnahmen seien dann die Preise von Getreide und Speiseöl auch tatsächlich zurückgegangen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese 5.1.94, nach SWB, 10.1.94)

Außerdem wurde das Problem der verspäteten Getreidelieferungen aufgegriffen, um die Provinzen und Gebiete wie Guizhou, Yunnan, Guangxi, Guangdong, Fujian, Hainan, Zhejiang, die östlichen Regionen der Provinz Sichuan, die Städte Beijing, Tianjin und Shanghai, in denen die Getreideknappheiten aufgetreten waren, mit ausreichenden Getreidereserven zu versorgen. Die Provinzen arbeiteten hierfür Pläne für den Getreidetransport aus, die eine Erhöhung der zusätzlichen Transportkapazitäten um 140 Eisenbahnwaggons vorsehen. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hongkong, in Chinese, 5.1.94, nach SWB, 6.1.94)

Auf lokaler Ebene machen einige Berichte die konkrete Umsetzung von Preisstabilisierungsmaßnahmen deutlich. In Guangzhou (Kanton) beispielsweise nahmen die Getreidepreise

im 1. Halbjahr 1993 im Durchschnitt um 30% zu, und der Preisanstieg für Qualitätsreis waren sogar noch größer. Auch hier traten kurzfristig Panikkäufe auf, auf die mit zusätzlichen Getreideverkäufen sowie Kontrollen reagiert wurde, um das Angebot zu vergrößern und Wucherpreise zu verhindern. (*Da Gongbao*, Hongkong, in Chinese, 23.12.93, nach SWB, 3.1.94)

Die Provinzregierung von Henan setzte Preisobergrenzen für Getreide und Speiseöl, die zum 23.1.94 in Kraft treten und sowohl von den staatlich betriebenen Geschäften als auch von den Privatgeschäften eingehalten werden müssen. Die Vorgaben der Provinzregierung, die entsprechend den lokalen Bedingungen von den Städten oder Gemeinden nach unten angepaßt werden können, sehen für jeweils 500 Gramm folgende Preise vor: 0,67 Yuan für Standard-Weizenmehl; 0,68 Yuan für 1. Klasse-Weizenmehl; 0,75 Yuan für veredeltes Weizenmehl; 4 Yuan für Erdnußöl; 3,5 Yuan für Rapsöl. (Henan People's Broadcasting Station, Zhengzhou, in Chinese, 23.12.93, nach SWB, 6.1.94)

In der Provinz Shandong wurden zum 29.12.93 in den staatlichen Getreideverkaufsstellen die Preise für Getreide und Speiseöl gesenkt, alle angebotenen Produkte mit Preisschildern versehen und ein mengenmäßig unbeschränkter Verkauf zugelassen. (Shandong People's Broadcasting Station, Jinan, in Chinese, 30.12.93, nach SWB, 4.1.94)

Trotz der aufgetretenen Probleme mit hohen Preissteigerungen bei Getreide und Speiseöl plant die Regierung nach Angaben von Li Tiewing, Vorsitzender der Wirtschaftsreformkommission, keine Rückkehr zum ehemaligen Rationierungssystem mit Ausgabe von Coupons und direkter Preisfixierung. Li Tiewing zufolge sei vielmehr ein neues marktorientiertes System der Getreideverteilung erforderlich, das noch nicht automatisch mit der Freigabe der staatlichen Getreidepreise entstanden wäre. Um die Preise auf den Märkten zu beeinflussen, müßten beispielsweise ein Getreidereservesystem und Regulierungsfonds eingerichtet werden. (Xinhua News Agency, in English, 28.12.93, nach SWB, 3.1.94) -schü-

*(29)

Bedeutung der nichtlandwirtschaftlichen Betriebe in den ländlichen Gebieten steigt

Die ländlichen Betriebe haben nach ersten Meldungen im Jahre 1993 ihre Bruttoproduktion um 75,7% erhöht. Der Outputwert stieg von 1.650 Mrd. Yuan im Jahre 1992 auf 2.900 Mrd. Yuan im Jahre 1993. Im letzten Jahr realisierten die Betriebe Gewinne in Höhe von 160 Mrd. Yuan und zahlten 95 Mrd. Yuan Steuern; gegenüber den Gewinnen und Steuerzahlungen des Jahres 1992 von insgesamt 150 Mrd. war dies eine Steigerung um 70%.

Ländliche Betriebe exportierten 1993 Güter im Wert von 190 Mrd. Yuan bzw. rd. 33 Mrd. US\$ (umgerechnet zum offiziellen Wechselkurs von 1 US\$ = 5,7 Yuan). Damit entfiel auf diese Betriebe bei einem gesamten Exportvolumen von 91,7 Mrd. US\$ ein Anteil von rd. 36%.

Nach Angaben von Qi Jingfa, Direktor der Behörde für ländliche Betriebe beim Landwirtschaftsministerium, erhöhte sich im letzten Jahr auch die Größe der Betriebe und ihr Investitionsvolumen. Die Zahl der Betriebe, die einen Outputwert von mehr als 100 Mio. Yuan aufwiesen, stieg von 256 auf 400 im Jahre 1993. Auch haben die Betriebe verschiedene Reformen umgesetzt. So sollen inzwischen 10% der Betriebe in Aktiengesellschaften oder in Gemeinschaftsunternehmen umgewandelt und Experimente mit Zusammenschlüssen, Unternehmensverkäufen und Konkursen durchgeführt worden sein.

Von herausragender Bedeutung sind die ländlichen Betriebe im Hinblick auf Beschäftigung und Einkommen. Nach Schätzungen sollen die Betriebe im letzten Jahr 6 Mio. Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt haben, so daß ihre Gesamtbeschäftigtenzahl auf rd. 112 Mio. Arbeitskräfte angestiegen ist. Qi Jingfa zufolge, tragen die Betriebe mit einem Anteil von 60% zum Nettoeinkommen der ländlichen Bevölkerung bei. Insgesamt haben die Betriebe bereits einen Anteil von 31% (1992) am gesamten industriellen Bruttoproduktionswert. (XNA, 7.1.94)

Daß die Entwicklung der ländlichen Betriebe entscheidenden Einfluß auf die lokale Wirtschaftsentwicklung hat,

zeigt auch eine Untersuchung des Staatlichen Statistikamtes, die Ende 1992 veröffentlicht wurde. Danach dominierte in den 4.989 Gemeinden und Kleinstädten in den ländlichen Gebieten, die bei einer Gesamtzahl von über 50.000 (Das Statistikjahrbuch der VR China weist für 1992 eine Anzahl von 36.351 Gemeinden und 14.135 Kleinstädte aus, in *Zhongguo Tongji Nianjian*, 1993, S. 329) den höchsten landwirtschaftlichen und industriellen Outputwert aufwiesen, der nichtlandwirtschaftliche Sektor. Sein Beitrag zum gesamten Outputwert in diesen Kleinstädten und Gemeinden belief sich auf 88% und lag damit um 24% höher als im Landesdurchschnitt. Diese nur rd. 10% der Kleinstädte und Gemeinden stellten 52% des gesamten Outputs der ländlichen Betriebe und sind vor allem in den Küstenprovinzen Jiangsu, Shandong und Zhejiang zu finden. (XNA, 27.1.94)

Zu den derzeitigen Problemen, denen sich die ländlichen Betriebe gegenübersehen, zählen vor allem Kapitalmangel und die geringe Zahl qualifizierter Beschäftigter. Aufgrund der Reform der staatseigenen Unternehmen wird mit einem härteren Wettbewerb in der Zukunft zu rechnen sein, da diese Unternehmen ihre Vorteile in den Bereichen Technologie, Management sowie Kapital- und Personalausstattung ausspielen könnten. Auch die Gleichstellung bei der Besteuerung zwischen staatseigenen Unternehmen und Unternehmen anderer Eigentumsformen werde eine zusätzliche Herausforderung für die ländlichen Betriebe sein.

Die langfristige Planung bis zum Dekadenende sieht für die ländlichen Betriebe eine Erhöhung des Gesamtoutputwertes auf 7.600 Mrd. Yuan und der Gewinne auf 750 Mrd. Yuan vor sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze für 50 Mio. Beschäftigte. (XNA, 7.1.94) -schü-

*(30)

Erhöhung der ländlichen Einkommen soll in den Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Entwicklung gestellt werden

Auf der landesweiten Landwirtschaftskonferenz Anfang Januar wurde die Verbesserung der Einkommenssituation der Bauern ins Zentrum der

Landwirtschaftspolitik für 1994 und für den Rest der Dekade gerückt. Nur so könne die Realisierung der mittel- und langfristigen Entwicklungsziele auch gewährleistet werden. (Xinhua News Agency, in English, 5.1.94, nach SWB, 6.1.94)

Auf der Landwirtschaftskonferenz wurden auch die Outputergebnisse für 1993 vorgestellt, die im folgenden durch zusätzliche Angaben aus verschiedenen Quellen ergänzt werden:

- Die Getreideproduktion belief sich auf über 456,4 Mio. t, ein Anstieg um 3,1% bzw. um 13,7 Mio. t gegenüber 1992. Der Flächenertrag erhöhte sich um 8 kg/Mu.
- Der Output von Ölsaaten betrug 17,61 Mio. t, ein Anstieg um 7,3% bzw. um 1,2 Mio. t. Die Erträge bei Baumwolle und zuckerhaltigen Pflanzen gingen zurück (keine näheren Angaben hierzu). Gegenüber 1992 erhöhte sich der Output von Fleisch (5,5%), Milch (6,4%), Eiern (7%) und aquatischen Produkten (10%) beträchtlich.
- Das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern (veränderte Angaben gegenüber früheren Daten) stieg 1993 um real 2%. Da sich gleichzeitig die städtischen Einkommen um real 12% erhöhten, vergrößerten sich die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land nochmals. (Xinhua News Agency, in English, 5.1.94, nach SWB, 6.1.94; Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 5.1.94, nach SWB, 26.1.94)

Als größtes Problem in der Agrarentwicklung nannte Landwirtschaftsminister Liu Jiang die weiterhin niedrigen Gewinne im Anbau, insbesondere bei der Getreide- und Baumwollproduktion. Im Vergleich zu den Wachstumsraten der landwirtschaftlichen Produktion insgesamt und in den ländlichen Betrieben bliebe der Einkommensanstieg für die Bauern (deshalb) gering.

Weiterhin müsse das Netzwerk für eine Verbreitung landwirtschaftlicher Techniken und die Forschung verbessert werden. Auch seien die Instrumente zur Makrokontrolle über die landwirtschaftliche Entwicklung unzureichend, z.B. reichten die staatlichen Investitionen für den Agrarsektor nicht

aus und zu viel Land würde für die industrielle Entwicklung und andere Projekte genutzt. Gleichzeitig steige der Druck durch die Zunahme der unterbeschäftigten Arbeitskräfte, die 1993 allein rd. 100 Mio. ausmachten und deren Anzahl jährlich um ca. 13 Mio. zunehmen würde. Diese große Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte behindere den Anstieg der bäuerlichen Einkommen, verzögere die landwirtschaftliche Modernisierung und verursache auch bestimmte soziale Probleme.

Für 1994 nannte der Landwirtschaftsminister folgende Ziele und Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft: (Xinhua News Agency, in English, 5.1.94, nach SWB, 6.1.94)

- Der Getreideoutput soll 450 Mio. t erreichen. Als Voraussetzungen werden die Stabilisierung der Saatfläche bei 1,65 Mrd. Mu sowie die Einräumung von Vorzugsbedingungen für die Hauptanbauggebiete des Getreideanbaus angesehen. Die Baumwollproduktion ist mit 4,85 Mio. t angesetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Anbaufläche vergrößert und der Flächenertrag erhöht sowie präferentielle Kredite vergeben werden. Bei Ölsaaten soll der Output 17 Mio. t überschreiten.
- Die Planung sieht eine Erhöhung des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes um 4% vor.
- Die ländlichen Betriebe sollen ihre Gewinne um 25% und ihre Steuerablieferungen um 19% erhöhen.
- Die bäuerlichen Pro-Kopf-Nettoeinkommen sollen um 5% steigen.

In der chinesischen Presse wurde der landwirtschaftlichen Entwicklung im Januar großes Interesse gewidmet. Die *Renmin Ribao* vom 19.1.94 (S.2 u. 3) veröffentlichte beispielsweise das bereits im August 1993 vom Staatsrat verabschiedete Dokument "Entwurf der landwirtschaftlichen Entwicklung in den 90er Jahren" (Qishi niandai zhongguo nongye fazhan gangyao). In derselben Ausgabe wird ein Artikel von Chen Yaobang, stellvertretender Minister der Staatlichen Planungskommission abgedruckt. Chen Yaobang fordert in seinem Beitrag mit Blick auf das Dokument des Staatsra-

tes die Lokalregierungen auf, der landwirtschaftlichen Entwicklung auch tatsächlich Priorität einzuräumen. Zwar falle dem Markt die Schlüssel-funktion bei der Ressourcenallokation zu, doch müßten die Lokalregierungen die landwirtschaftliche Entwicklung über eine Makrokontrolle steuern und die Industriestrukturen in Übereinstimmung mit der Marktnachfrage neu arrangieren. Um Anreize für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge zu schaffen, sei bei Produktionszuwächsen eine schrittweise Verbesserung der Einkommen zu garantieren.

In einem Artikel in der *Renmin Ribao* vom 24.1.94 (S.2) warnte Chen Junsheng, vor einer Vernachlässigung der bäuerlichen Einkommensverbesserung. Nachdem die Bauern ausreichend Nahrung und Kleidung besäßen, würden sie sich jetzt verstärkt der Erhöhung ihrer Einkommen widmen. Wenn diese nicht in ausreichendem Maße im Anbaubereich stiegen, sei damit zu rechnen, daß die Bauern ihre Felder verlassen würden. Die Landwirtschaft könne nicht entwickelt werden, wenn sich nur die Produktion, nicht aber auch die bäuerlichen Einkommen erhöhten. Dies würde das Wachstum der ländlichen Märkte behindern. Auch müsse Deng Xiaopings Warnung beachtet werden, daß Instabilitäten in den ländlichen Gebieten zu politischen Instabilitäten führen könnten. -schü-

* (31)

Provinz Hebei will sich am Beispiel der Küstenprovinzen orientieren

Das Parteikomitee der Provinz Hebei und die Hebeier Regierung haben Ende Dezember dazu aufgerufen, sich an den Provinzen Shandong, Jiangsu und Zhejiang als Modelle für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung zu orientieren. Ursächlich für das schnelle Wirtschaftswachstum in diesen Provinzen seien folgende Faktoren gewesen:

1. Der Wirtschaftsentwicklung wurde Priorität eingeräumt und die Öffnung nach außen durch eine kontinuierliche "Befreiung des Denkens" gefördert.
2. Die exportorientierte Wirtschaftsentwicklung diene als Grundlage für die gesamte Wirtschaftsentwicklung.
3. Im Außenhandel, bei der Absorbierung ausländischen Kapitals sowie

beim Aufbau von wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland wurden gleichzeitig Erfolge erzielt.

4. Bei der Verbesserung des Investitionsklimas haben alle Ebenen zusammengearbeitet.
5. Die Provinzen haben ihre Außen-darstellung verbessert, verschiedene Aktivitäten zur Absorbierung ausländischer Investitionen gefördert und waren bei Handelsgesprächen mit dem Ausland erfolgreich.
6. Wirtschaftliche Entwicklungszonen wurden als Wachstumspole genutzt.
7. Die Ausbildung kompetenten Personals für den Außenwirtschaftsbe-reich wurde gefördert.
8. Die Provinzen waren gewissenhaft in der Durchführung konkreter Aufgaben in Abstimmung mit anderen.

Vor allem die Fortschritte bei der "Befreiung des Denkens" (m.a.W. die Lösung von beschränkenden ideologischen Vorgaben) und die wagemutige Einstellung, die Wirtschaftsentwicklung in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen, wurden von der Partei und Regierung hervorgehoben. Zwar seien auch in der Provinz Hebei Erfolge bei der Öffnung nach außen gemacht worden, doch hinke Hebei weiter hinter den Küstenprovinzen her. Auch die neuen Entwicklungszonen Qinhuangdao, Tangshan, Cangzhou sowie Shijiazhuang hätten noch keinen Durchbruch erzielen können, und die Zusammenarbeit Hebeier Regionen mit den Wirtschaftszentren Beijing und Tianjin beschränke sich erst auf wenige Kreise, Städte und Gemeinden.

Weiterhin stecke der Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland noch in den Anfängen und die Entwicklung des Außenhandels stagniere. Zentrale Ursache hierfür sei, daß die exportorientierte Wirtschaft als Sache einiger Abteilungen und nicht als umfassende Strategie betrachtet worden wäre. Auch hätten "linke" Vorstellungen und überholte Konzepte diese Entwicklung behindert. (Hebei Ribao, in Chinese, 22.12.93, nach SWB, 10.1.94) -schü-

* (32)

Investitionen in den Energiesektor

Um die Engpässe im Energieangebot zu beheben, sollen 1994 die Investitionen um 20% gegenüber 1993 auf 65,8

Mrd. Yuan erhöht werden. An den Gesamtinvestitionen ist die Zentralregierung mit einem Anteil von 40% beteiligt, während die Restsumme auf lokaler Ebene und über verschiedene Finanzierungsformen aufgebracht werden soll.

Im Jahre 1994 sieht die Planung eine Erhöhung des Energieoutputs um 9,2% auf insgesamt 890 Mrd. kWh vor; nach ersten Schätzungen betrug die Outputleistung im letzten Jahr 815 Mrd. kWh. Trotz der Steigerung des Energieoutputs belasten Knappheiten die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in den Regionen mit hohem Wachstumstempo.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Engpässe und der erwarteten schnellen Wirtschaftsentwicklung will China die Kapazitäten der Energieindustrie bis zum Ende der Dekade auf rd. 310 Mio. kW verdoppeln. Geplant ist eine Erhöhung der Kapazitäten zwischen 1995-1997 um durchschnittlich 15 Mio. kW pro Jahr und zwischen 1998-2000 um 20 Mio. kW jährlich.

Bei der Entwicklung des Energiesektors soll Wasserkraftwerken der Vorrang eingeräumt, Kohlekraftwerke und die Atomindustrie sollen weiter ausgebaut werden. In den Küstenregionen, die einen Mangel an Energieträgern aufweisen, soll die Kapazität der Atomindustrie auf 8-10 Mio. kW bis zum Jahre 2000 erhöht werden. Um eine größere Effizienz im Energieverbrauch zu verwirklichen, wird die technologische Innovation der kleinen Kraftwerke betont, die durch mittlere und größere Kraftwerke ersetzt werden sollen. Mit Fortschritten beim Aufbau des "Drei-Schluchten-Projekts" (das größte geplante Wasserkraftwerk) soll ein landesweites Energienetz aufgebaut werden.

Bei der Realisierung der Pläne zum Ausbau des Energiesektor werden ausländische Technologie und Finanzmittel von zentraler Bedeutung sein. So hofft man in China, daß ausländisches Kapital bis zum Dekadenende in einem Umfang von 25 Mrd. US\$ in das Land fließen wird und mit Hilfe ausländischer Ausrüstungen und Anlagen die Leistungskapazität um 45 Mio. kW erhöht werden kann. (XNA, 28.12.93) -schü-

*(33)

Probleme bei Reform des Wohnungsbaus

Eine Untersuchung der Führungsgruppe zur Reform des Wohnungsbaus beim Staatsrat weist auf eine Reihe von Problemen bei der Durchsetzung der Reformmaßnahmen in den letzten zwei Jahren hin. Im Mittelpunkt dieser Reformen standen die Anpassung der Mieten, der Verkauf von Wohnungen sowie Anreize zum Bau und Kauf von Wohnungen.

Den ursprünglichen Vorgaben entsprechend sollten die Mieten gegen Ende des 8.Fünfjahresplanes (1991-95) so angehoben werden, daß die Kosten der Unterhaltung, Verwaltung und Abschreibung gedeckt werden können. Die Führungsgruppe weist jedoch in ihrem Bericht darauf hin, daß dieses Ziel nicht erreicht werden konnte. Dort, wo die Reformen durchgeführt wurden, betrage die Wohnungsmiete im Durchschnitt noch immer nur 0,30 Yuan/m² und liege damit weit unter dem kostendeckenden Niveau von 0,75 Yuan/m².

Als entscheidenden Grund hierfür nennt die Führungsgruppe, daß die (lokale) Regierung und die staatseigenen Unternehmen (die den Wohnraum für die Beschäftigten zum überwiegenden Teil stellen) sowie die Bevölkerung entweder aus wirtschaftlichen oder psychologischen Gründen die Mieterhöhung nicht bewältigen konnten. Wären die Mieten für die nicht im privaten Eigentum befindlichen Wohnungen mit einer geschätzten Wohnfläche von 27 Mrd.m² auf das geplante Niveau gehoben worden, hätten sehr hohe Subventionen (von den Lokalregierungen und den Unternehmen) hierfür aufgebracht werden müssen. Außerdem habe es an den erforderlichen Mechanismen beim Verkauf von Wohnungen an die Bevölkerung gefehlt.

Daß die Fortführung der Reformen im Wohnungssektor von großer Dringlichkeit ist, macht die Führungsgruppe mit dem Hinweis auf die steigende Subventionsbelastung deutlich. Um die Kosten der Unterhaltung, Verwaltung und Abschreibung im Jahre 1990 zu decken, seien Subventionen von 41,6 Mrd. Yuan erforderlich gewesen. Der Umfang der Subventionen habe sich bis 1992 auf 67 Mrd. Yuan erhöht.

Um die notwendigen Finanzmittel zur Verbesserung der Qualität des Wohnraums und den Bau neuer Wohnungen aufzubringen, legte die Führungsgruppe neue Vorschläge vor, in deren Mittelpunkt der verstärkte Verkauf von Wohnungen steht. Erwartet wird, daß bei einem Verkauf von 10% der derzeitigen Wohnungen mit Einnahmen von rd. 100 Mrd. Yuan gerechnet werden kann. Notwendige Voraussetzung hierfür sei jedoch die Ausarbeitung von Bedingungen, zu denen über kurz-, mittel- oder langfristige Kaufverträge das Wohnungseigentum erworben werden könne. Darüber hinaus sollen stärkere Anstrengungen bei der Vermietung von Wohneinheiten, dem Bau neuer Wohnungen, der Reform des Mietpreissystems, der Einrichtung von Fonds für den Wohnungsbau unternommen und ein Maßnahmenkatalog für die Entwicklung eines Wohnungsmarktes erarbeitet werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 7.1.94, nach SWB, 26.1.94)

Daß auch noch andere Probleme beim Verkauf der im öffentlichen Eigentum befindlichen Wohnungen bestehen, wird in einem Rundschreiben des Staatsrates vom 31.12.93 deutlich. So wurden in diesem Rundschreiben die Lokalregierungen und Abteilungen aufgefordert, Wohnungen nicht zu Niedrigstpreisen zu verschleudern und Einnahmen aus dem Wohnungsverkauf nur für die festgelegten Zwecke zu verwenden. In einigen Regionen habe man in der letzten Zeit überstürzt entgegen den Vorgaben Wohnungen zu extrem niedrigen Preisen verkauft, so daß es zu Verlusten staatlichen Eigentums gekommen sei.

In dem Rundschreiben verlangt der Staatsrat auf der Grundlage der "Decision of the State Council on Accelerating the Reform of the Urban Housing System", den Verkauf von Wohnungen im öffentlichen Eigentum zu Schleuderpreisen sofort zu beenden. Außerdem soll eine Überprüfung der bereits erfolgten Wohnungsverkäufe durchgeführt werden. Weiterhin soll die Abwicklung aller Wohnungsverkäufe ausgesetzt werden für Wohnraum zu Preisen, die unterhalb des vom Staatsrat festgelegten Niveaus liegen, und für die noch keine Übertragung des Eigentums erfolgt ist. Auch sollen die aus dem Wohnungsverkauf eingenommenen Gelder bis zur Übermittlung ent-

sprechender Anweisungen eingefroren werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese 1.1.94, nach SWB 26.1.94) -schü-

*(34)

Versicherungsindustrie verzeichnet hohe Zuwachsraten

Die Volksversicherungsgesellschaft (People's Insurance Company of China oder PICC), die mit 98% im Versicherungssektor eine Monopolstellung einnimmt, konnte 1993 eine Einnahmesteigerung um 36,1% auf 49,8 Mrd. Yuan realisieren. Hieran waren die Zunahme der Versicherungsprämien um 32,3% auf 26,1 Mrd. Yuan sowie die Ausweitung des Pensionsfonds um 38,8% auf 23,6 Mrd. Yuan beteiligt. Im letzten Jahr beliefen sich die Versicherungsansprüche und Pensionszahlungen auf insgesamt 27,1 Mrd. Yuan.

Die Zahl der Unternehmen, die eine Sachversicherung bei der PICC abgeschlossen haben, erhöhte sich auf rd. 700.000. Mehr als 100 Mio. Haushalte sollen bei der PICC eine Sachversicherung haben; ca. 30 Mio. Hektar Ackerland werden durch eine spezielle Versicherung erfaßt. Im inländischen Markt ist die PICC mit 115.000 Agenturen vertreten und hat in Hongkong (China Insurance Hongkong [Group] Company) und in Großbritannien (China Insurance U.K. Holdings Company) zwei Niederlassungen eröffnet.

Die PICC hat inzwischen ein System der Rückversicherung eingeführt, das den Niederlassungen vorgibt, 20% ihrer Versicherungseinnahmen bei der PICC-Zentrale zu hinterlegen. Vorgesehen ist auch eine Aufteilung der Versicherungsgeschäfte in solche, die auf politischen Vorgaben basieren, z.B. die Exportkreditversicherung und die Landwirtschaftsversicherung, sowie in rein kommerzielle Versicherungsgeschäfte.

Für das Jahr 1994 bestehen Pläne zum Aufbau spezieller Versicherungszweige. Im inländischen Versicherungsgeschäft will PICC verstärkt Sachversicherungen für Unternehmen, Cargo- und Haftpflichtversicherungen anbieten. Auch die auf den außenwirtschaftlichen Bereich bezogenen Versicherungen außerhalb von Seetransportversicherungen sowie Versicherungen des Flugpersonals der Luft-

fahrtgesellschaften sollen weiter entwickelt werden. Vorgesehen ist auch die größere Teilnahme am ausländischen Versicherungsmarkt durch eine höhere Zahl von Niederlassungen der PICC im Ausland. (XNA, 11.1.94)

Auch in diesem Sektor scheint die taiwanesishe Erfahrung von Interesse zu sein, denn Mitte Januar reiste eine 20köpfige Gruppe unter der Leitung des PICC-Präsidenten, Li Yumin, zu einem Symposium zu Fragen des Aufbaus einer Versicherungsindustrie nach Taiwan. (XNA, 18.1.94)

Mit Blick auf die Reform des sozialen Sicherungssystems, in dessen Mittelpunkt der Aufbau einer betriebsunabhängigen Alters-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung steht, ist eine schnelle Entwicklung der Versicherungsindustrie auch erforderlich. Auf einer Tagung der PICC Mitte Januar d.J. wurde u.a. darauf hingewiesen, daß die Altersversicherung im wesentlichen städtische Beschäftigte einschließt. Die Versicherungsprämien sollen in Abhängigkeit vom Einkommen berechnet und anteilig von den Beschäftigten und Unternehmen auf ein individuelles Versicherungskonto des Versicherten eingezahlt werden. Bei der Krankenversicherung sollen die Ausgaben der staatseigenen Unternehmen und Verwaltungen im Rahmen des derzeitigen Krankenversicherungssystems auf einen Sozialversicherungsfonds für die Deckung der Kosten einer Behandlung bei schweren Krankheiten und auf einen Fonds für allgemeine medizinische Versorgung aufgeteilt werden. Ferner ist beabsichtigt, in die Arbeitslosenversicherung neben Beschäftigten staatseigener Unternehmen auch Arbeitskräfte kollektiv- und privateigener Betriebe sowie Beschäftigte aus Joint Venture-Unternehmen einzubeziehen.

Derzeit hätten lediglich rd. 30% der Gesamtbeschäftigten Anspruch auf Leistungen der sozialen Sicherung, insbesondere Beschäftigte staatseigener Unternehmen und Verwaltungen sowie besonders Bedürftige. Die Mittel für die sozialen Sicherungssysteme würden vor allem durch den Staat und die staatseigenen Unternehmen aufgebracht. Aufgrund des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus könne China auch keine höheren Ausgaben für die soziale Wohlfahrt bieten, sondern müsse durch die Erhebung von individuellen Versicherungsbeiträgen die

Belastung von Staat und Unternehmen reduzieren. Die soziale Absicherung von alten Menschen in den ländlichen Gebieten müsse weiterhin durch Unterstützung innerhalb der Familien erfolgen -schü-

Taiwan

*(35)

Unterbindung neuer Waffenlieferungen Frankreichs an Taiwan

Unter dem Druck von Beijing hat Paris schließlich eingelenkt, in Zukunft keine neuen französischen Waffenlieferungen an Taiwan zu genehmigen. Wie berichtet (C.a. Nov. 1992, Ü 42), hatte die französische Regierung im November 1992 trotz scharfer Proteste aus Beijing die Lieferung von 60 Jagdflugzeugen des Typs Mirage 2000-5 sowie 1.500 MICA- und Magic-2-Raketen im Gesamtwert von 3,5 Mrd. US\$ an Taiwan gebilligt. Als Vergeltungsmaßnahme ordnete Beijing die Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou (Kanton) an und schloß französische Unternehmen von der Beteiligung am U-Bahn-Bauprojekt der Stadt (Kosten: 1 Mrd. US\$) aus. Die sino-französischen Beziehungen sanken daraufhin auf einen Tiefpunkt.

Als das Waffengeschäft mit Taiwan zustandekam, waren in der französischen Regierung die Sozialisten an der Macht. Die im März 1993 neugewählte bürgerliche Regierung unter Premierminister Edouard Balladur bemühte sich angesichts des Nachteils für französische Unternehmen auf dem expandierenden chinesischen Markt um eine Verbesserung der Beziehungen zu Beijing. Sie wurde eingeleitet durch zwei Missionen des Wirtschaftsberaters von Balladur, Jacques Friedmann, im Juli und Dezember desselben Jahres. Die chinesische Regierung verlangte von Paris, die Lieferverträge der Mirage-Kampfflugzeuge mit Taiwan zu annullieren, und die Franzosen sollten sich verpflichten, künftig keine neuen Waffenlieferungen mehr an Taiwan zu billigen. Schließlich kam eine Einigung zustande, nachdem Paris auch die "Taiwan-Klausel" Beijings im gemeinsamen Kommuniqué vom 12. Januar 1994 akzeptiert hatte, laut der Beijing